

PRESSEMITTEILUNG

PRESSEMITTEILUNG

Hochschulpolitik

Nr. 473/16 vom 19. Oktober 2016

Volker Dornquast: Landesregierung muss ihre Versäumnisse wettmachen und schnell neuen studentischen Wohnraum schaffen

Der hochschulpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Volker Dornquast, hat heute (19. Oktober 2016) das Versagen der rot-grün-blauen Landesregierung bei der Bereitstellung von ausreichendem Studentenwohnraum kritisiert. Er forderte die Landesregierung auf, sofort 1.000 neue Studentenwohnplätze auf den Weg zu bringen.

„Die Studierendenzahlen steigen an allen Hochschulen des Landes für jedermann sichtbar kontinuierlich an. In diesem Jahr wird die Zahl von 60.000 erreicht oder sogar überschritten. Das war seit langem bekannt. Dennoch hat es die rot-grün-blaue Landesregierung verschlafen, ausreichend zusätzlichen studentischen Wohnraum zu schaffen. Das ist der Grund, warum so viele der neuen Studenten jetzt verzweifelt nach einer Wohnung oder zumindest nach einer Studentenbude suchen und keine finden“, so Dornquast.

In den letzten vier Jahren ist die Zahl der Studierenden um über vier Prozent gestiegen, die Zahl der Wohnheimplätze aber nur um zwei Prozent. Dies geht aus der Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage der CDU-Landtagsfraktion hervor, die der Abgeordnete Dornquast gestellt hat (Drs. 18/4714).

„Die Zahlen belegen es schwarz auf weiß: Die Versorgungsquote hat sich

unter Rot-Grün verschlechtert und liegt nicht mehr bei früher genannten 7,2 Prozent, sondern nur noch bei 6,39 Prozent. Das ist die niedrigste Quote in Deutschland!“, kritisierte Dornquast. Bundesweit läge die Versorgungsquote durchschnittlich bei 10 Prozent.

„Um den Bundesschnitt zu erreichen, müssten rund 2.300 neue Plätze gebaut werden. In den letzten vier Jahren hat das Land gerade einmal 69 geschaffen. Die 163 Plätze, die sich derzeit im Bau befinden und 2017/18 fertiggestellt werden sollen, reichen nicht einmal, um die Studentenzuwächse der nächsten beiden Jahre zu decken. Es reicht eben nicht, das Problem auf der Hochschulkonferenz anzusprechen, wie von der Regierung stolz berichtet wird. Aktives Handeln ist erforderlich. Die Landesregierung muss die Voraussetzungen dafür schaffen, damit sofort mindestens 1.000 zusätzliche Wohnheimplätze errichtet werden“, so Dornquast.